

Lob und Tadel

Stromnetz - Corona - Streiks

Es ist unfassbar. Der Senat bekommt die Rekommunalisierung des Stromnetzes einfach nicht hin. Inzwischen könnte man dicke Bücher über den Vorgang schreiben. Ende 2014 lief die Konzession für das Betreiben des Stromnetzes aus. Haben Sie das bemerkt? Nein, natürlich nicht, weil die Vattenfall-Tochter Stromnetz Berlin GmbH weiterhin unbeirrt dafür sorgt, dass die Energie fließt. Und nicht nur das, Millionen sind in das Netz investiert worden, Erhalt, Ausbau, Neubau. Andere hätten das vermutlich nicht gemacht.

Ich will Sie an dieser Stelle nicht mit den prozessualen Einzelheiten langweilen. Einfach gesagt, hat das Land Berlin eine eigene Energiegesellschaft gegründet, die sich gemeinsam mit der Vattenfall-Tochter um eine neue Konzession bewirbt. Dieses Bewerbungsverfahren ist seitens des Senats immer wieder vor Gericht gescheitert, aktuell vor dem Kammergericht.

Sibylle Meister von der FDP-Fraktion sagt dazu: *„Das Vergabeverfahren zum Stromnetz war von Anfang an problematisch, da der Berliner Senat das klare politische Ziel hatte, das Netz zu verstaatlichen. Genau dies macht das Verfahren anfechtbar und wird weiter für Unklarheiten sorgen. Es ist immer noch unverständlich, wie das Land Berlin mit dem Kauf der Strom- und Gasnetze überhaupt energiepolitischen Einfluss nehmen will, denn dies ist wegen der starken Regulierung der Netze kaum möglich. Nun wird die Vergabe sich weiter den Weg durch die gerichtlichen Instanzen schlängeln, sodass zu befürchten ist, dass durch die entstehende Unsicherheit Investitionsentscheidungen verzögert werden und auch die Mitarbeiter verunsichert werden.“*

Wir müssen uns an dieser Stelle nicht darüber unterhalten, dass es ein Fehler war, die gute alte BEWAG zu privatisieren. Jetzt aber das Netz zurückerwerben zu wollen, verbietet sich schon aus Kostengründen, denn Vattenfall wird Berlin das Netz nicht schenken. Die dafür notwendigen Steuermittel werden sich in Jahrzehnten nicht amortisieren. Vor allem aber soll sich niemand der Illusion hingegen, dass dadurch der Strompreis sinkt.

Im Gegensatz zum Senat zeigt sich Vattenfall kooperationsbereit. Angebote liegen vor. Der Senat will aber offenbar entweder alles oder nichts. Es geht nur noch um Ideologie, nicht mehr um Energie. Abgesehen davon ist es an Peinlichkeit nicht zu überbieten, dass Gerichte immer wieder dem Senat bescheinigen müssen, dass er nicht einmal ein ordentliches Verfahren durchführen kann.

Corona

Im Falle der Corona-Pandemie macht der Senat eine viel bessere Figur. Über 60 Prozent der Berliner sind mit seinen Maßnahmen zufrieden. Vor allem der Regierende Bürgermeister **Michael Müller** (SPD), hat sich als Krisenmanager bewährt und wird gegenwärtig für jedes Medienformat gebucht, ob **Markus Lanz**, **ZDF-Morgenmagazin** oder gestern Abend **Maybrit Illner**. Ruhig und sachlich, ohne populistischen Einschlag, erklärt er die Lage. Als Krisenmanager wird Müller vermutlich bis zum Ende seiner Amtszeit im Herbst 2021 zu tun haben.

Am 30. Oktober wird er zum Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz gewählt. Bei den Pressekonferenzen aus dem Kanzleramt wird **Michael Müller** dann an der Stelle neben **Angela Merkel** sitzen, von der aus **Markus Söder** seine endlosen Kommentare verbreitete. Ganz aus dem Bild wird man Söder jedoch nicht herausbekommen, weil der vorherige MPK-Chef nun Stellvertreter ist. Söder tauscht dann den Platz mit dem jetzigen Vize, Hamburg Erstem Bürgermeister **Peter Tschentscher**.

Streiks

Natürlich haben die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes mehr Geld verdient. Vor allem die unteren Gehalts- und Besoldungsgruppen. Bei den höheren sollte ohnehin für eine gewisse Zeit ein Riegel vorgeschoben werden. Und natürlich sind Streiks ein Grundrecht. Am kommenden Dienstag sollen Warnstreiks im ÖPNV stattfinden.

Es scheint allen noch nicht richtig klar geworden zu sein, dass die vielen Milliarden, die in der Corona-Krise aufgewendet werden mussten, um Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft zu sichern, irgendwann wieder zurückgezahlt werden müssen. Für die nächsten mindestens zehn Jahre werden wir, wird die Welt, daran zu knabbern haben. Das heißt, jeder wird seinen Beitrag leisten müssen. Viele Projekte werden auf Eis gelegt oder gestrichen.

Der öffentliche Dienst hat die Pandemie bisher sehr gut überstanden: Jeder, der zu Hause bleiben sollte oder von dort aus arbeiten konnte, bekam sein volles Gehalt. Das Wort Kurzarbeitergeld ist im ÖD unbekannt. Niemand muss Angst vor dem Verlust seines Arbeitsplatzes haben oder eine Insolvenz befürchten. So wie die Rentner vermutlich in den nächsten Jahren keine Erhöhung mehr bekommen werden, müssen auch die Beschäftigten des ÖD die Gürtel enger schnallen. Die Solidargemeinschaft muss die Pandemie letztlich bezahlen. Es ist nicht die Zeit für Streiks im öffentlichen Dienst.

Ed Koch